

Kebschull, Dietrich

Article

Nairobi - Improvisation statt Konzeption

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1976) : Nairobi - Improvisation statt Konzeption, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 6, pp. 272-273

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134954>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nairobi – Improvisation statt Konzeption

Die vierte UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD IV) endete sensationell. Am späten Abend des 31. Mai trat in Nairobi das ein, was selbst die größten Optimisten kaum zu hoffen gewagt hatten: Unter Vorbehalt der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik billigten die teilnehmenden Staaten einstimmig ein integriertes Rohstoffprogramm, das die wesentlichen Elemente der vom UNCTAD-Generalsekretär ausgearbeiteten Vorstellungen enthält.

Aufgrund dieses Beschlusses werden noch in diesem Jahr umfangreiche Verhandlungen über die Neuordnung des Rohstoffhandels in der Weltwirtschaft aufgenommen. Der UNCTAD-Generalsekretär ist aufgefordert, für achtzehn Rohstoffe, deren Zahl weiter erhöht werden kann, ab 1. September dieses Jahres vorbereitende Treffen für internationale Verhandlungen einzuberufen. Sie sollen so schnell wie möglich – spätestens aber bis zum Februar 1978 – durchgeführt und abgeschlossen werden. Denn unmittelbar im Anschluß an die Vorbereitungsarbeiten sind Rohstoffkonferenzen vorgesehen, deren Beratungen bis Ende 1978 beendet sein sollen. Außerdem wird der Generalsekretär ersucht, bis März 1977 eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der die Finanzierung des gesamten Rohstoffprogramms mit Lagern zur Preisstabilisierung, Kauf- und Lieferverpflichtungen, Quotenregelungen oder zusätzlichen Mitteln zur Stabilisierung von Exporterlösen durch einen gemeinsamen (common) Fonds geregelt werden soll.

Mit dem festen Zeitplan über die künftigen Verhandlungen, der Fixierung des Bündels zu behandelnder Rohstoffe und dem schließlich noch erzielten Einverständnis, über den Common Fund zu verhandeln, haben die Entwicklungsländer eine eindeutige Weichenstellung für die Zukunft vorgenommen. Der viel kritisierte europäische Agrarmarkt mit seinen Preisgarantien und Angebotsüberschüssen könnte auf diese Weise eine mindestens ebenso kostspielige und volkswirtschaftlich bedenkliche Parallele im Rohstoffsektor finden. Dabei ist keineswegs sichergestellt, daß sich solche Regelungen tatsächlich zum Nutzen der Entwicklungsländer insgesamt auswirken. Denn über die Art der Rohstoffabkommen und die zu erwartenden Preisänderungen wurde bisher wenig gesprochen.

Vorteilhaft für alle Entwicklungsländer wäre das geplante Vorgehen nur dann, wenn die Preise für alle Rohstoffe gleichmäßig erhöht würden. Preisveränderungen, die sich allein auf ausgewählte Rohstoffe beziehen oder bei bestimmten Produkten höher ausfallen als bei den übrigen, sind nur für die Länder günstig, die gerade über diese Rohstoffe verfügen. Die anderen Entwicklungsländer müssen dagegen – ähnlich wie bei Erdöl – beträchtliche zusätzliche Belastungen hinnehmen. Die Frage, wie ihre Wachstums-, Zahlungsbilanz- und Beschäftigungsprobleme künftig gelöst werden können, hat die Zustimmenden von Nairobi offensichtlich nicht allzusehr beschäftigt. Denn sonst hätten sie die Vorschläge nicht so weitgehend akzeptieren können, wie es jetzt geschehen ist.

Überhaupt scheinen wirtschaftliche Erwägungen und das Abschätzen der entsprechenden Konsequenzen der UNCTAD-Beschlüsse in der letzten Phase von Nairobi etwas zu kurz gekommen zu sein. Hier wurde – offensichtlich aus außenpolitischen Erwägungen – den Entwicklungsländern zum Munde geredet, obwohl ihre Benachteiligung unübersehbar war. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß auf einer Konferenz *zugunsten* der Entwicklungsländer auf deren Wunsch ein

Programm im Rohstoffbereich gebilligt wurde, dessen finanzielle Vorteile in erster Linie einige wenige hochentwickelte Industriestaaten wie die USA, die UdSSR, Kanada, Australien und Südafrika verspüren werden. Über eventuelle Zusatzleistungen von ihrer Seite wurde bisher allenfalls am Rande gesprochen. Ein Programm mit eindeutigen Maßnahmen gibt es nicht.

Die „Lösung“ von Nairobi wird den Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit nicht den lang und heiß ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Sie ist eher dazu geeignet, die Frustration der Länder der Dritten Welt weiter zu erhöhen. Gelingt es ihnen nämlich, ihre Vorschläge nach dem festgelegten Fahrplan zu verwirklichen, so dürften sie wenig später mit den Tatsachen konfrontiert sein, daß sich zum Beispiel ihre Exporterlöse kaum erhöhen, die Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer Produktionsstrukturen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht gestiegen sind und die Entwicklungshilfeleistungen aus den Industrieländern mit großer Wahrscheinlichkeit zurückgehen werden. Bei UNCTAD IV wurde einem zunehmenden Dirigismus in der Weltwirtschaft Tür und Tor geöffnet. Einzelne Rohstoffabkommen sind durchaus sinnvoll, zuviele aber werden das wirtschaftliche Wachstum in Industrie- und Entwicklungsländern nicht beflügeln, sondern eher bremsen.

Insbesondere für die marktwirtschaftlich orientierten westlichen Industrieländer ist die UNCTAD-Sitzung zum Markstein geworden. Sie waren ausgezogen, ihr Ideal von Wachstum, weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung und Wohlstand für alle zu verteidigen. Aber sie übersahen dabei, daß ihre ordnungspolitischen Vorstellungen – selbst bei den westlich geschulten Vertretern der Entwicklungsländer – auf taube Ohren oder sogar auf absolutes Unverständnis stießen. Sie versäumten, überzeugend zu argumentieren, statt Glaubensbekenntnisse abzugeben.

Die Wunschvorstellungen der Entwicklungsländer waren seit langem bekannt. Spätestens seit der Konferenz in Manila wußten alle westlichen Staaten, was sie in Nairobi erwartete. Warum versäumten sie es, sich auf europäischer oder atlantischer Ebene abzustimmen und ein praktikables Gegenangebot vor Beginn der Konferenz auszuarbeiten? Wozu sind die Verwaltungsmaschinerien der EG in Brüssel und der OECD in Paris eigentlich eingerichtet worden, wenn nicht zur Koordinierung der verschiedenen Politiken ihrer Mitgliedstaaten?

Wahrscheinlich hat man die UNCTAD-Bedeutung in der Welt zu lange unterschätzt. Vielleicht wurde deshalb die Abstimmung mit den progressiven Holländern unterlassen und das Heil in Kissingers schnell gekochten Vorschlägen für eine wenig durchdachte „Rohstoffbank“ und einige andere Fonds gesehen, deren Vorteile recht eindeutig den Industrieländern zugute kommen würden. Erst als der „häßliche Deutsche“ in Nairobi die Rolle der bis dahin zumeist allein häßlichen Amerikaner übernahm und der Westen ein so trauriges Bild absoluter Konfusion und Handlungsunfähigkeit bot, daß sogar die erstmals vorgetragene massive Kritik der Entwicklungsländer an den geringen Entwicklungshilfe-Leistungen der Ostblockstaaten überdeckt wurde, kam Hektik in die Szene. Innerhalb weniger Tage und Nächte sollte nun das Versäumte nachgeholt werden.

Nachdem drei Viertel der Konferenzzeit vergangen waren, reiste Henry Kissinger nach Bonn. Das Kabinett einigte sich auf eine Marschlinie. Gleich zwei deutsche Minister versuchten sich in der Schlußwoche als Kosmetiker am bundesdeutschen Image und zugleich als Retter der Konferenz. Schon bei ihrer Ankunft deutete sich die Tendenz des schnell improvisierten Kurses an. Rohstoffabkommen und Zeitplan für die kommenden Verhandlungen waren vom Kabinett im Grunde gebilligt. Die Bekenntnisse zur Erhaltung der Marktwirtschaft blieben auf der Strecke. Allein der gemeinsame Finanzierungsfonds war bis zum Schluß umstritten. Dann aber kam er trotz immenser Verhandlungsaktivitäten doch – wenn auch mit Vorbehalt.

Den Entwicklungsländern kam und kommt die Zwiespältigkeit und Unentschlossenheit der westlichen Industriestaaten zugute. Zwar nörgeln jetzt Amerikaner und Deutsche gemeinsam am Ergebnis herum. Präsident Ford möchte den Westen in schnell einberufenen Vorbereitungssitzungen einigen und auf eine gangbare Alternative einschwören. Aber wird sich in wenigen Monaten erreichen lassen, was jahrelang vernachlässigt wurde? Ein Ansatz, der den Zielen der Entwicklungsländer entspricht und gleichzeitig die Interessen der Industriestaaten angemessen berücksichtigt?